

Lohnlücke überwinden, Arbeitsmarktzugänge erleichtern, Chancengleichheit durchsetzen – Sozialdemokratische Forderungen zum Weltfrauentag

Seit über 100 Jahren begehen wir am 8. März den Weltfrauentag. Viel wurde in dieser Zeit erreicht: Das Frauenwahlrecht, sexuelle, familiäre und ökonomische Selbstbestimmung. Nicht selten schien es, dass gesellschaftlicher Fortschritt selbstverständlich ist, dass die nächste Verbesserung in der Gleichstellung der Geschlechter keine Frage mehr des Ob, sondern nur noch des Wann ist. Der Aufstieg der AfD, die andauernden Nachwirkungen der Corona-Pandemie und ein immer aufgeheizteres gesellschaftliches Klima machen jedoch deutlich: Jeder Fortschritt muss erkämpft und verteidigt werden. Als Sozialdemokrat:innen stehen wir ungebrochen an der Seite derer, die für die Gleichstellung der Geschlechter und die Beseitigung von Ungerechtigkeiten streiten.

Auf diese Themen wollen wir an diesem Weltfrauentag besonders aufmerksam machen:

1. Der Schlüssel zu Teilhabe, Armutsbekämpfung, sozialer Unabhängigkeit und Integration ist gute Arbeit. Hierfür braucht es neben fairen Löhnen auch echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir können uns keine reduzierten Kita-Öffnungszeiten mehr in Baden-Württemberg leisten und müssen rasch den Rechtsanspruch auf Ganztageschulen umsetzen.
3,6 Millionen Frauen in Baden-Württemberg haben eine Migrationsgeschichte. Für viele ist der Eintritt in den Arbeitsmarkt mit verschiedenen zusätzlichen Hürden verbunden. Die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt ist für uns von zentraler Bedeutung. Dafür braucht es überall im Land Sprach- und Integrationskurse mit Kinderbetreuung. Wir wollen eine schnellere und unbürokratischere Anerkennung von Ausbildungen und Abschlüssen. Erfolgreiche Projekte zur Arbeitsmarktintegration müssen raus aus der Projektfinanzierung und systematisch in die Fläche getragen werden.
2. Das Chancengleichheitsgesetz ist eine zentrale gleichstellungspolitische Stellschraube auf Landesebene. Doch obwohl eine Evaluation mit klaren Handlungsempfehlungen vorliegt, plant die Landesregierung keine Novellierung in dieser Legislaturperiode mehr. Für uns ist klar: Es braucht noch vor 2026 eine Reform beim Chancengleichheitsgesetz, um die Gleichstellungsbeauftragten und Beauftragten für Chancengleichheit zu stärken und auch in den Kommunen bei der Chancengleichheit voranzukommen. Aktuell setzt jedes Ressort Gleichstellung nach eigenen Vorlieben um, es fehlen verbindliche Vorgaben. So kommen wir aber nicht voran!
3. Wir wollen den Gender Pay Gap in Baden-Württemberg überwinden und deshalb für mehr Transparenz sorgen.
In ihrem Koalitionsvertrag haben Grüne und CDU 2021 die Einführung eines Lohnatlas versprochen. Nach mehr als der Hälfte der Legislaturperiode warten wir weiter vergeblich darauf. Dabei ist ein solches Datenwerk entscheidend, um festzustellen, wo die Entgeltlücken noch besonders groß sind und welcher Handlungsbedarf besteht. Wir



fordern, dass ein umfassender und aussagekräftiger Lohnatlas endlich angegangen wird.

Diese Themen müssen genauso wie die Istanbul-Konvention in einer umfassenden ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie verankert werden. Auch in Baden-Württemberg muss die Umsetzung für die unterschiedlichen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit einem Gleichstellungsmonitor nach Hamburger Vorbild begleitet und kontrolliert werden.

Eine Welt, in der Frauen selbstbestimmt, sicher und frei leben können, ist keine Utopie. Diskriminierung, Benachteiligung und Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis von Politik und können durch Politik beseitigt werden. Es bleibt viel zu tun.